

stützung der Industrialisierungsanstrengungen des afrikanischen Mittelstandes, der Arbeitsplätze schaffen kann. Viertens: Deutschlands Rolle im Kampf gegen den Terrorismus ist größer geworden. Dieses Engagement sollte im Rahmen von UNO-Missionen deutlich verstärkt werden, sollte aber nicht in die Falle der Kooperation mit Frankreich geraten, denn Frankreich verfolgt immer noch das Konzept des »afrikanischen Hinterhofs« (*chasse gardée*), das der Kooperation mit afrikanischen Eliten Vorrang einräumt und sich nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerungen ausrichtet. Fünftens sollte die Kooperation mit demokratischen Ländern Afrikas verbunden mit einem Zivilmachtansatz vertieft werden, anstatt eine Zusammenarbeit mit autoritären Regimen zu verfolgen, wie etwa mit Äthiopien, das über Jahre von sehr hoher deutscher Entwicklungshilfe profitiert hat. Sechstens ist eine Zeit angebrochen, in der Entwicklungshilfe weniger denn je Vorrang eingeräumt werden sollte. Deutschland sollte Abschied von der paternalistischen Entwicklungskooperation nehmen.

Durch die skizzierten Maßnahmen könnte Deutschland einen wesentlich gezielteren Beitrag gegen die drohende weitere Marginalisierung Afrikas und im Kampf gegen die Armut leisten. Dadurch ließe sich der Zerfall von Staaten, die Ausbreitung des Terrorismus, und die Unordnung in Afrika besser vermeiden. Die Umsetzung eines solchen Programms käme auch einem Gegenentwurf zum autoritären Modell Chinas und zum neoliberalen Agieren der USA gleich.



© F&B, WOLFGANG BERTSCH

Robert Kappel

ist Wirtschafts- und Politikwissenschaftler, Präsident Emeritus und Senior Researcher am GIGA-Institut in Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a.: globale Machtverschiebungen, Entwicklungstheorie/-ökonomie, Afrikas wirtschaftliche und politische Entwicklungen.

Robert.Kappel@giga-hamburg.de

Uwe Hartmann

Das dunkle Abbild

Hybride Kriegführung im 21. Jahrhundert

Konventionelle militärische Auseinandersetzungen sind in der heutigen Weltordnung eher die Ausnahme. Doch wer denkt, dass die Welt dadurch friedlicher geworden wäre, der irrt. Vielmehr sind kriegerische Aktionen heute weit vielschichtiger. Die klassischen Waffenarsenale spielen zwar noch eine Rolle, aber andere Mittel der Interessendurchsetzung sind hinzugegetreten, haben das Militärische zum Teil verdrängt.

Der Begriff der hybriden Kriegführung tauchte vor kaum mehr als zehn Jahren im strategischen Diskurs in den USA auf und stößt mittlerweile auf große Resonanz. Im Zuge des russischen Vorgehens in der Ukraine gelang ihm schnell auch der Sprung in die deutsche sicherheitspolitische Debatte. Förderlich für die breite Akzeptanz des Begriffs war der inklusive Prozess der Erarbeitung des Weißbuchs 2016 der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Experten aus vielen gesellschaftlichen Bereichen standen dabei den Autoren dieses Dokuments mit Rat

und Tat zur Seite. Einer der zahlreichen Workshops beschäftigte sich explizit mit der hybriden Kriegführung. Neben der Frage, wann diese beginnt und wie sie möglichst frühzeitig aufzuklären ist, diskutierten die Teilnehmer auch die Verwundbarkeiten westlicher Staaten, die ein hybrid agierender Gegner ausnutzen könnte.

Das Weißbuch 2016 benennt wesentliche, weithin konsensfähige Kennzeichen hybrider Kriegführung. Dazu gehört vor allem die kreative Kombination von zivilen und militärischen Mitteln und Wegen. Der Werkzeugkasten hybrid agierender Akteure beinhaltet Cyberangriffe und Informationsoperationen, wirtschaftlichen und finanziellen Druck sowie Versuche zur politischen Destabilisierung, verdeckt operierende Spezialkräfte, Subversion und reguläre Streitkräfte.

Hybrid agierende Staaten nutzen ihre Streitkräfte vor allem zur Einschüchterung. Ist für die Durchsetzung ihrer Ziele der Einsatz bewaffneter Gewalt erforderlich, unternehmen sie größte Anstrengungen, um dessen Zurechenbarkeit zu verschleiern. Mit hohem argumentativen Aufwand streiten sie jegliche Verantwortung ab (*plausible deniability*). Insbesondere achten hybrid agierende Staaten darauf, dass ihr Handeln die Schwelle zum Krieg nicht überschreitet. Diese Selbstbegrenzung ist Ausdruck für veränderte politische Ziele. Es geht ihnen nicht um die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern um die Destabilisierung eines Staates oder Bündnisses. Sie wählen daher Angriffsziele aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Das Vorgehen Russlands in der Ukraine beruht auf einer Strategie, die als Gerasimow-Doktrin der nicht-linearen Kriegführung bekannt wurde. Diese betont den gewachsenen Stellenwert nicht-militärischer Mittel zur Erreichung von politischen Zielen. Wissenschaftliche Analysen für das Verständnis bestehender Konflikte, Identifizierung spezifischer Verwundbarkeiten sowie die Instrumentalisierung des Protestpotenzials von bestimmten Bevölkerungsgruppen sind wesentliche Kennzeichen dieser Art der Kriegführung. Der Osten der Ukraine bietet dafür überaus günstige Rahmenbedingungen: Die Bevölkerung ist überwiegend russlandfreundlich eingestellt und die Sicherheitskräfte sind in sich gespalten. Langjährige nachrichtendienstliche und Informationsoperationen bereiteten den Nährboden für die Aktivitäten der Separatisten. Deren zeitlich befristete und regional begrenzte Unterstützung mit militärischen Gewaltmitteln verhinderte ihre Zerschlagung im Zuge einer ukrainischen Antiterroroperation. Sie erfolgte so verdeckt, dass selbst die NATO diese nicht zweifelsfrei den russischen Streitkräften zurechnen konnte.

Angesichts dieser neuen Strategie fühlen sich Russlands Nachbarn bedroht. Die Baltischen Staaten beispielsweise sehen sich bereits mitten in einem hybriden Krieg. Deren Widerstandskraft ist jedoch deutlich größer als in der Ukraine. Die Esten, Letten und Litauer verfügen über eine ausgeprägte Mentalität des kämpferischen Widerstandes, die aus der Zeit der sowjetischen Okkupation stammt und fest in deren kollektivem Gedächtnis verankert ist. Die russischsprachigen Minderheiten profitieren von der EU-Zugehörigkeit ihrer Länder. Und die NATO unterstützt Estland, Lettland und Litauen bei der Abwehr hybrider Kriegführung politisch und militärisch. Dennoch bleibt die Bedrohung insgesamt signifikant.

Ein weiteres Beispiel ist China. In den Grenzstreitigkeiten im südchinesischen Meer proklamiert dieser Staat seine Gebietsansprüche mit aggressiver politischer

Rhetorik, während benachbarte Länder unter wirtschaftlichen Druck gesetzt und strittige Inseln mit zivilen Mitteln (Einsatz von Fischereimilitäzen, Bau von Landebahnen) »besetzt« werden. Seine über Jahre hinweg stetig aufgerüsteten Streitkräfte bilden dafür die Drohkulisse.

Die Fokussierung auf die hybride Kriegführung von konventionell hochgerüsteten Staaten darf jedoch nicht verdrängen, dass der Begriff ursprünglich zur Beschreibung des Kampfes eines nicht-staatlichen Akteurs diente. US-amerikanische Strategieberater benutzten ihn, um die Schwierigkeiten der israelischen Armee im Kampf gegen die Hisbollah im Libanonkrieg 2006 zu erklären. Damals hatte die terroristische Organisation der Hisbollah den konventionell überlegenen israelischen Streitkräften empfindliche Schläge zugefügt, wie keine arabische Armee in den Kriegen zuvor. Die Hisbollah wandte nicht nur irreguläre Kampftechniken wie Hinterhalte und Anschläge an, sondern hatte auch moderne konventionelle Taktiken und Mittel in ihr Handlungsrepertoire eingebaut. Dazu gehörten etwa eine tief gestaffelte Verteidigung, Drohnen, Panzerabwehrwaffen, Boden-Luft-Raketen und moderne Führungssysteme. Die Hisbollah zerstörte sogar ein israelisches Schiff mit einer Rakete. Ihr Handeln war damit deutlich komplexer als es israelische Strategen erwartet hatten.

Insgesamt zeichnet sich also eine Erweiterung des Gewaltspektrums von zwei Seiten ab: Nichtstaatliche Akteure nutzen neben asymmetrischen Mitteln und Wegen auch konventionelle; und konventionell gerüstete Staaten setzen verstärkt irreguläre sowie zivile Mittel und Wege ein. Sie unterscheiden sich darin, dass nichtstaatliche Akteure die Zurechenbarkeit ihres Handelns nicht verschleiern. Ganz im Gegenteil. Um ihr ideologisches Narrativ zu nähren und Angst und Schrecken zu verbreiten, übernehmen sie sogar Verantwortung für Gewalttaten, die ihnen nicht eindeutig zurechenbar sind.

Dem Trend zur Hybridisierung der Kriegführung liegen zahlreiche Ursachen zugrunde. Aufgrund der materiellen und technologischen Überlegenheit der USA und ihrer westlichen Verbündeten können Staaten wie Russland oder China ihre Ziele nur unterhalb der Schwelle eines konventionellen Krieges erreichen. Sie haben aus der Geschichte gelernt, dass aggressive Landmächte in einem Konflikt mit einem Seebündnis weniger durchhaltefähig sind und daher militärisch unterliegen. Zudem beruht Machterhalt in autoritären Staaten auch auf dem Militär, was deren außenpolitische Nützlichkeit einschränkt.

Nichtstaatliche Akteure wie die Hisbollah nutzen die Chancen marktverfügbarer Technologien sowie der Proliferation, um sich mit modernen Waffensystemen auszurüsten. Sie haben sogar Vorteile gegenüber Streitkräften, deren Beschaffungsprogramme oftmals sehr langwierig sind. Sie unterlaufen zudem den westlichen Trend zu präziser und skalierbarer, aufgrund des hohen Preises jedoch nur begrenzt verfügbarer Munition, indem sie eine unendliche Zahl von leicht ersetzbaren Zielen bieten.

Hinzu kommt, dass hybrid agierende Akteure aus den Erfolgen und Fehlern westlicher Armeen in deren internationalen Militäreinsätzen lernen. Die NATO und ihre in Afghanistan engagierten Mitgliedsstaaten entwickelten vor rund zehn Jahren den *comprehensive approach*, um der Komplexität und Dynamik im Einsatzgebiet besser gerecht zu werden. Absicht war es, Stabilität durch die Vernetzung aller Maßnahmen

zur Förderung von Sicherheit, guter Regierungsführung und Entwicklung schneller und nachhaltiger zu erreichen. Dazu sollten Diplomaten, Soldaten, Entwicklungshelfer und Polizisten ihre jeweiligen Ziele, Mittel und Wege koordinieren und synchronisieren – angefangen bei den Ministerien bis hinunter zu den Hauptquartieren in den Einsatzgebieten. In der Praxis gestaltete sich die Umsetzung dieser Strategie als schwierig. Die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Ressorts sowie kaum kompatible Führungskulturen waren und bleiben wesentliche Hemmschuhe für einen reibungsloseren vernetzten Ansatz, wie Fouzieh Melanie Alamir in ihrem Buch *Vernetzte Sicherheit – Quo Vadis?* beschreibt.

Russland scheint die Stärken des *comprehensive approach* erkannt und dessen Schwächen behoben zu haben, indem es ein nationales Verteidigungskommando aufbaute, das alle für die hybride Kriegführung erforderlichen staatlichen Instrumente durchsetzungsstark koordiniert. Auf diese Weise können alle verfügbaren Mittel auf das gemeinsame Ziel der Destabilisierung von Bündnissen und Staaten ausgerichtet werden. Damit stellt hybride Kriegführung den *comprehensive approach* der westlichen Staatengemeinschaft auf den Kopf: Während beispielsweise die internationale Mission ISAF in Afghanistan versuchte, den Aufbau von Staat und Gesellschaft zu schützen und, wo immer möglich, zu beschleunigen, verfolgt die hybride Kriegführung die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten. Zu Recht bezeichnet NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die hybride Kriegführung als »the dark reflection of our comprehensive approach«.

Die Frage, ob die hybride Kriegführung neu ist, wird kontrovers diskutiert. Tatsächlich bietet die Geschichte zahlreiche Beispiele für eine kreative Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege. Neu ist die größere Rolle von Menschen und Informationen im strategischen Kalkül. Überraschend ist sicherlich, dass der Westen nach der Zeitenwende von 1989 selbst zum Angriffsziel geworden ist.

Herausforderungen und Lösungsansätze

Das Phänomen der hybriden Kriegführung fordert die bestehenden politisch-rechtlichen und ethischen (Welt-)Ordnungs- und Denksysteme heraus. Die begrifflichen Alternativen Krieg oder Frieden, Staatenkrieg oder Bürgerkrieg, symmetrische oder asymmetrische Kriegführung sowie Kombattanten oder Nicht-Kombattanten sind kaum hilfreich, um die neuen Konfliktrealitäten klar zu kategorisieren. Hybrid agierende Akteure vermeiden also nicht nur die Zurechenbarkeit ihres Handelns, sondern erschweren auch die Verständigung über dessen Analyse und das politisch-rechtlich legitimierte Gegenhandeln. Es kommt darauf an, vor allem das Völkerrecht sowie die Kriegs- und Konfliktbilder im Angesicht hybrider Bedrohungen weiterzuentwickeln.

Hybrid agierende Akteure verfügen über einen wichtigen Vorteil: Staaten und Gesellschaften erkennen deren Angriffe oftmals erst sehr spät; sie benötigen viel Zeit, um gegebenenfalls Gegenmaßnahmen zu treffen. Diesen strategischen Nachteil können angegriffene Staaten durch Verbesserung der Widerstandskraft (Resilienz) ihrer Institutionen, Infrastruktur und Zivilgesellschaft nur teilweise kompensieren. Erforderlich ist eine glaubhafte, für einen hybrid agierenden Gegner nicht kalkulierbare

Abschreckung, die auch reaktionsschnelle, flexibel einsetzbare sowie durchsetzungsfähige Streitkräfte einschließt. Präventive Maßnahmen von der strategischen Vorausschau auf mögliche Konflikte bis zu vorbereiteten Gegenmaßnahmen gegen hybrid agierende Akteure sind unverzichtbar. Für die Analyse von Bedrohungen, die Erarbeitung von strategischen Optionen sowie die Balancierung von Zielen, Mitteln und Wegen benötigen Staaten eine ausgeprägte Strategiefähigkeit. Neben dem Aufbau effektiver Institutionen gehört dazu auch das Verständnis von Strategie als einer »Brücke«, die Gräben zwischen Politik, Gesellschaft und Streitkräften überwindet und auf der alle strategischen Akteure partnerschaftlich interagieren (Hew Strachan: *The Direction of War*).

Informationsoperationen sind integraler Bestandteil hybrider Kriegführung. Durch schnell vermittelte Informationen werden »Fakten« geschaffen, welche die angegriffene Seite in ein schlechtes Licht rücken. Ob diese stimmen oder nicht, ist dabei völlig irrelevant, wie das Beispiel der angeblichen Vergewaltigung eines russland-deutschen 13-jährigen Mädchens exemplarisch verdeutlichte. Durch die Verbreitung von widersprüchlichen Informationen, die wie eine Nebelwand wirken, wird die Wahrheit verdeckt, die Interpretation der Geschehnisse erschwert und so abgestimmtes, von den Bürgerinnen und Bürgern getragenes Regierungshandeln behindert. Ideen und Informationen werden also weitaus intensiver als geistige Waffen eingesetzt. Offene demokratische Gesellschaften bieten dafür unzählige Angriffsziele. Ihre Stärke liegt vor allem in den staatsbürgerlichen Werten und Tugenden ihrer Bürgerinnen und Bürger. Eine breite sicherheitspolitische Debatte sowie eine von Partizipation getragene strategische Kultur sind daher ein festes Fundament für einen erfolgreichen Umgang mit hybriden Bedrohungen.



Uwe Hartmann

ist Offizier im Generalstabsdienst der Bundeswehr. Zuletzt im Miles-Verlag erschienen: *Hybrider Krieg als neue Bedrohung von Freiheit und Frieden*.

UweHartmann@Bundeswehr.org

Dierk Spreen

Global Security 2.0

Für einen Neustart in Sachen globaler Gewaltbewältigung

Derzeit ist die Fluchtquote in der Welt enorm hoch. Dieser Indikator misst, wie gut globale Gewaltbewältigung funktioniert. Gegenwärtig ganz offensichtlich eher schlecht.

Aber während die einen vor der Gewalt physisch flüchten, um in einer freien Gesellschaft leben zu können, leben die anderen in einer freien Gesellschaft und treten eine geistige Weltflucht an. Das ist nicht nur ein AfD-Phänomen, sondern eine Entwicklung, die in den sicherheitspolitischen Debatten schon länger zu beobachten ist. Abschied wurde und wird dabei genommen vom Programm der »globalen Sicher-